

Liebe Kolleg\*innen, nach der zweiten Verhandlungsrunde liegt nun das Angebot der Arbeitgeber für die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vor.

Bezüglich dieses Angebots möchten wir dem Präsidenten des Kommunalen Arbeitgeberverbands Hessen (KAV) gerne unsere Meinung mitteilen. Gleichzeitig möchten wir ihn an seine eigenen Aussagen erinnern – konkret diese Aussagen, die er in einem hr Info Aktuell-Interview am 24.01.2023 bezüglich der Tarifrunde getätigt hat.

Wir haben dieses Interview mitgeschrieben und können uns daher auf seine Aussagen beziehen.

Interview des HR  
am 24.01.2023

**Herr Bergerhoff, wenn die Angestellten jetzt mehr Geld wollen, für das was sie jeden Tag leisten, dann bleibt davon sowieso nicht viel übrig wegen der hohen Inflation. Warum halten Sie die Forderung trotzdem für übertrieben?**

**Dr. B.:** „Ja, erstmal muss man vielleicht sagen, Sie haben Recht, der öffentliche Dienst



*ist unverzichtbar und hat auch in den vergangenen Jahren, im Rahmen der Corona Pandemie, aber auch jetzt mit dem Ukraine Krieg, mit dem Russlandkrieg gegen die Ukraine erhebliches zu leisten gehabt und hat das auch toll bewältigt.“*

### Wir entgegnen

Es gibt immer Krisen, die unsere Arbeit im öffentlichen Dienst beeinflussen und mit denen wir umgehen müssen. Sei es die Unterbringung geflüchteter Menschen, ein Dauerthema in unterschiedlicher Intensität, Umweltkatastrophen, ... Der öffentliche Dienst ist immer da, unabhängig von aktuellen Krisen und Katastrophen. Auch Veränderungen durch unterschiedliche politische Schwerpunkte und damit verbundene gesetzliche Neuerungen gibt

es immer. Die jüngsten Beispiele sind die Reform im Wohngeld und die Einführung des Bürgergeldes.

### Jetzt höre ich so ein „Aber“

**Dr. B.:** „Naja, das ‚Aber‘ ist natürlich immer das Gleiche, weil wir haben glaube ich ein gemeinsames Interesse, die öffentliche Hand als Arbeitgeberin und die Beschäftigten, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind, dass wir unsere Stellen besetzt bekommen, dass die Menschen von der guten Arbeit, die sie leisten, auch leben können. Wir haben auf der anderen Seite – und jetzt kommt das ‚Aber‘ – aber natürlich die Situation, dass auch die Arbeitgeberseite nicht überfordert werden darf, weil sonst wirkt sich das natürlich am Ende natürlich

*auch negativ auf das Gesamtgebilde aus.“*

### Wir entgegnen

Herr Dr. Bergerhoff, was genau meinen Sie mit Gesamtgebilde? Letztendlich ist es doch so, dass zur Stabilität der Wirtschaft immer auch die Kaufkraft gestärkt werden muss. Hierbei geht es vor allem um die Kaufkraft derjenigen, denen so wenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, dass alles in die Existenzsicherung fließt. Wenn ein immer größerer Anteil vom Lohn in Miete, Energiekosten und Grundnahrungsmittel fließt, was passiert dann mit dem Konsum? Festzuhalten ist, dass die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst der allgemeinen Lohnentwicklung über 4 Prozent



hinterherhinkt. Das wird mit ihrem Angebot nur verschärft. Die Ablehnung eines Festbetrages lässt vermuten, dass sie keinerlei Vorstellung davon haben, was die Menschen im öffentlichen Dienst in den unteren Entgeltgruppen verdienen. Eine Einmalzahlung hat weder einen Effekt auf die Entgelttabellen, noch auf die Rentenansprüche. Die Kolleg\*innen aus diesen Entgeltgruppen werden also weiter abgehängt.

### Weil dann kein Geld mehr in den Kassen ist...

**Dr. B.:** „Genau und wir sind natürlich gerade als Kommunen in der Situation, dass wir ja nicht nur die erhöhten Preise auch zu tragen haben, wo wir Dinge einkaufen, haben wir ja auch unter der Inflation zu leiden, sondern wir sind als kommunale Ebene insbesondere auch unter Druck, weil die Steuereinnahmen – die Steuermehreinnahmen, die der Bund und die Länder generieren – bei uns nicht ankommen.“

### Wir entgegnen

Die steigenden Ausgaben haben auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sowie alle Menschen in diesem Land, zu kompensieren. Es geht um unser tägliches Leben, Mieten, Lebensmittel etc. Diese Mehrbelastung muss sich in Ihrem Angebot wiederfinden. Wenn die Verteilung der Steuereinnahmen unter Bund,

Ländern und Kommunen nicht so läuft, dass allen Ebenen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen, stimmt etwas an der Verteilungssystematik nicht. Der Bund und die Länder haben keine Probleme damit, den Kommunen Aufgaben zu übertragen. Das geht jedoch nur, wenn im notwendigen Umfang auch finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ist das nicht der Fall, kann das den Beschäftigten nicht zum Nachteil gereichen. Schon gar nicht, nachdem sie bereits ohne ausreichendes Personal zusätzlich übertragene Aufgaben übernommen haben.

**Wenn man das mal ins Verhältnis setzt, wir haben solche Diskussionen in vielen Bereichen, bei der deutschen Post laufen im Moment ebenfalls Verhandlungen und da haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ja erst gestreikt für mehr Geld. 15 Prozent mehr fordern die Gewerkschaften, also da sind die Forderungen bei Ihnen im öffentlichen Dienst doch geradezu bescheiden**

**Dr. B.:** „Ja, das kommt ehrlich gestanden darauf an, wie man es rechnet. Sie haben es ja anmoderiert, wir reden über 10,5 Prozent, aber mindestens 500 Euro und nach Rechnungen der Arbeitgeberverbände bedeutet

das ein Gesamtvolumen von über 15 Milliarden Euro und diese 500 Euro wirken sich bis weit in die oberen Tarifgruppen aus, so dass es de facto schon eine höhere Forderung als die 10,5 Prozent sind.

Aber auf der anderen Seite ist das natürlich immer so, man geht mit unterschiedlichen Forderungen in so eine Verhandlung rein und man wird sich einigen und da bin ich auch sicher, dass wir auch diesmal eine Einigung hinkriegen, weil das gemeinsame Interesse sicher überwiegt.“

### Wir entgegnen

Nach diesem Angebot der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) ist das gemeinsame Interesse für uns schwer zu erkennen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst versinken in Arbeit, weil immer mehr dazu kommt und entweder keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden oder freie Stellen mangels passender Arbeitskräfte nicht besetzt werden können.

Doch der gezahlte Lohn am Ende des Monats ist nicht in erster Linie für die Gewinnung von Arbeitskräften relevant. Die bereits eingestellten Kolleg\*innen stehen zuverlässig und engagiert im Kontakt mit den Bürger\*innen,

um deren berechnete Anliegen zu erfüllen. In dieser Funktion stehen diese Kolleg\*innen für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unseren Kommunen. Sie setzen das Demokratieprinzip um und halten den Laden zusammen. Sie haben mehr verdient! Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehen zuerst einmal arbeiten, um ihre Existenz zu sichern. Natürlich geht ihr Bedürfnis aber über die reine Existenzsicherung hinaus. Sie wollen nicht nur überleben, sie wollen gut leben. Die Grundlage des Arbeitsverhältnisses ist Leistung gegen Leistung. Aber: die Leistung, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeigen, geht weit über den monetären Ausgleich hinaus. Insgesamt gibt es das Problem, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in ihrer grundlegenden Bedeutung für unser aller Zusammenleben nicht angemessen anerkannt wird. Es gibt ein Ungleichgewicht in der zugeschriebenen Wertigkeit der Produktion von Wirtschaftsgütern gegenüber den öffentlichen Dienstleistungen und das zeigt sich mal wieder in der fehlenden Bereitschaft, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst angemessen zu vergüten.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER  
**ZUSAMMEN-GEHT-MEHR.VERDI.DE**